

## Rezensionen

**Holzweißig, Gunter: Quellenkundliche Anmerkungen zur DDR-Historiografie. Schriftenreihe Materialien aus dem Bundesarchiv Koblenz. Koblenz: Bundesarchiv 2006, 176 Seiten, 12 Euro.**

**Klotz, Katharina: Das politische Plakat der SBZ/DDR 1945–1963. Zur politischen Ikonographie der sozialistischen Sichtagitation. Aachen: Shaker Verlag 2006, 296 Seiten, 39,80 Euro.**

Es ist ein zu bescheidener Titel für dieses Buch, doch große Töne zieren ein Werk der Schriftenreihe des Bundesarchivs natürlich nicht. Gunter Holzweißigs *Quellenkundliche Anmerkungen zur DDR-Historiografie* sind nicht mehr und nicht weniger als ein spannender, kleiner Reiseführer durch die vordergründig öde Galaxis der Hinterlassenschaften der SED-Bürokratie. Er handelt von Geduld und von Papier.

Holzweißig, ein ausgewiesener Quellenkundler, möchte Quellenkunde vermitteln und gibt hiermit Werkzeug zur Hand. Dieser Führer erklärt Sinn und Form von Schriftgut der DDR-Diktatur. Er ist eine Anleitung, ein Appell und eine Ermutigung, die Codes einer Macht zu entschlüsseln, deren direktes Erleben immer mehr verblaßt und deren interne Bürokratie bis zum Ende 1989 weitgehend verborgen geblieben war. Diese Codes sind fixiert auf Zigtausenden Blatt geduldigen Papiers. Können diese Akten lügen? In ihnen finden sich Floskeln, Phrasen und stereotype Redewendungen, die, blieben sie unerklärt und unentlarvt, jedes Blatt unlesbar machten.

Gunter Holzweißigs Arbeit wirft den Blick auf die ideologischen Versatzstücke, die kryptischen Kürzel der Herrschenden – auf ihren Mikrokosmos vermickelter, verstellter und verstellender Sprache, die doch eines ist bzw. sein soll: rational, funktional, aber nie vermeintli-

che oder tatsächliche Geheimnisse verraten darf. So entstanden Dokumente mit mehreren Bedeutungen oder auch nur Andeutungen. Zum Teil waren die Subtexte, der ablesbare Inhalt, wichtiger als der lesbare. Holzweißig hilft uns, das zu verstehen, die camouflierten Botschaften zu entziffern. Ohne Umwege, am historischen Beispiel, am echten Aktenstück selbst.

Fast dreißig Dokumente aus den inneren wie peripheren Kreisen des Machtapparates werden faksimiliert wiedergegeben. Diese Lehr- und Lernbeispiele sind gut, weil eingängig, gewählt, fehlt es doch nicht an prominenten Namen (Udo Lindenberg) und an in Ost wie West bekannten Vorgängen (Verhandlungen zum Transitabkommen 1971). Den Einsteigern in die Beschäftigung mit der SED-Geschichte schon weniger bekannt sind dagegen jene persönlichen Aufzeichnung Otto Grotewohls aus den Sitzungen des Politbüros nach dem 17. Juni 1953. Sie beweisen, was im eigentlichen, gleichfalls von Holzweißig wiedergegebenen Protokoll nicht einmal andeutungsweise zu finden ist: die massiven Diskussionen im Führungszirkel der SED und die existentielle Bedrohung der Machtposition Walter Ulbrichts in diesen Tagen.

Gerade dieses Beispiel zeigt deutlich die Grenzen von singulären Quellen und ist ein beredtes Beispiel für die im SED-Staat permanent betriebene Geschichtsfälschung. Ebenso eindrucksvoll sind die nahezu zwanzig Fotografien, aneinandergereiht jeweils Original und Retusche. Aus heutiger Sicht wirken die Versuche nahezu dilettantisch, Personen wie den 1934 in die Sowjetunion emigrierten und später dem stalinistischen Terror zum Opfer gefallenen Thälmann-Stellvertreter und zweiten Chef des Roten Frontkämpferbundes, Willy Leow, von der Seite seines Parteivorsitzenden zu tilgen. Gleichwohl war im „Land des Lesens“ die Druckqualität von Fotos oft so miserabel,

daß solche Fingereien für Laien kaum erkennbar waren.

In der Konsequenz gelang dann genau das, was George Orwell mit der „Vaporisierung“ eines Menschen beschrieben hatte: das Ausradieren aus dem schriftlichen wie dem bildhaften Gedächtnis, seine Auslöschung aus der Geschichte. Es sind diese Beispiele, die erschreckend nahebringen, wozu entgrenzte Macht fähig ist, zu welcher Hybris an der Geschichte sie sich immer wieder verstiegen hat. Daneben hinterlassen Dokumente zuweilen echte Perlen an grandiosen politischen Fehleinschätzungen. Mit dem Wissen um die folgenden Ereignisse liest sich das letzte Dokument – es ist eine Mitschrift von Redebeiträgen bei der Sitzung des SED-Politbüros am 5. September 1989 – wie das Protokoll klinischer Wahrnehmungsblockaden. War es doch der SED-Wirtschaftsgewaltige Günther Mittag, der meinte, es müsse „ein Ruck durch die Partei gehen“. Der Ruck ging durch das ganze Land. Ein Land, das ungeduldiger war als Papier.

Anders, als Gunter Holzweißig von der Binnenwelt des kommunistischen Lenksystems erzählt, führt uns Katharina Klotz zur Morphologie, zum schönen Schein; in die Wunsch-Welt der SED. Ihre Arbeit entstand als Dissertation an der Humboldt-Universität Berlin und fußt auf einer intensiven Beschäftigung mit der umfangreichen Plakatsammlung des Deutschen Historischen Museums, die allein zur SBZ/DDR 6 000 Motive umfaßt. Das Plakat ist, laut Wörterbuch, ein öffentlicher Aushang oder Anschlagzettel. Und das politische Plakat? Ein Anschlag auf Gefühl und Gehirn des Betrachters?!

Es ist schwer zu sagen, wie viele Plakate in der von Katharina Klotz untersuchten Periode (1945–1963) an Litfaßsäulen, Hauswänden und Bretterzäunen zu finden waren. In der Propagierung der SED-Politik hatten die Polit-Drucke immer einen festen Platz als „Massenagitationsmittel“. In dem betrachteten Zeitraum wa-

ren sie mangels flächendeckender Radioversorgung, geschweige denn Fernsehen, das preiswerteste sowie einfach und massenhaft reproduzierbare Medium der Politik. Ideal, um einfache Botschaften in ansprechender Verpackung unter die Leute zu bringen, zeigten sie idealistische Vorstellungen von Zukunftswelten und klischeehafte Feindbilder, beides reduziert, vereinfacht, gleichsam auf den Punkt gebracht. Ikonen der Graphik – Ikonographie.

Das Buch glänzt mit zahlreichen Abbildungen von Plakaten, die so wiedergegeben sind, daß Inhalte ähnlicher Ausprägung jedoch unterschiedlicher Herkunft (NS-Zeit, SBZ/DDR) leicht verglichen werden können. Hierbei wird eine Art universal-diktatorischer Ästhetik offenbar. Katharina Klotz zeigt uns frappierende Beispiele von Versatzstücken bildhafter Propaganda, die in bemerkenswerter Kontinuität, unabhängig von den politischen Vorzeichen, auf Plakaten verschiedener Epochen zu finden sind. Vielfältig sind die Gründe für diese Déjà-vu-Erlebnisse. Zum einen sind sie Ausdruck von fragwürdigen Konstanten politischer Ideologien, zum anderen der Tribut an eine universale Bildsprache, wenn es um die Verheißung von Glücksbotschaften oder die Verteufelung des politischen Gegners geht. Oder sind es professionell wie politisch bewußte Selbst-Plagiate einer doch recht jungen Kunstform, deren darstellerische Potenzen aufgrund ihres immanent politisch-funktionalen Zwecks beschränkt sind und die mit anderen Formen „freier Kunst“ nur begrenzt verglichen werden können?

Es gibt wohl kaum ein künstlerisches Produkt wie das Plakat, das zwar große künstlerische Ambitionen hegt, sich der Kunst mitunter schamlos bedient und gleichwohl oftmals vieles andere ist als Kunst. Zuweilen ist es nur kleiner Bestandteil einer großen Inszenierung mit Aufmärschen, Chören, Demonstrationen. Und doch sind alle diese „Ikonen“ von

Menschen gemacht – womit das von Katharina Klotz erstellte „Verzeichnis der Gebrauchsgrafiker“ eine besondere Beachtung verdient. Ist es doch ein lehrreicher Appendix von Kurzbiographien, der vieles an Leben, Karrieren und manches an Motivationen zeigt, erklärt und uns erfahren läßt, wer und was hinter den Plakaten steckt.

*Tobias Voigt*

**Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Klett-Cotta 2006, 694 Seiten, 29,50 Euro.**

Ich gestehe, kübelweise habe ich Hohn und Spott über meine ostdeutschen Landsleute geschüttet, die sich nach der Geborgenheit des sozialistischen Staatszoos sehnten. Ich habe wohl sogar zu politisch inkorrekten Tiervergleichen gegriffen und sie mit jenen ausgewilderten Wölfen verglichen, deren trauriges Los irgendwann im Fernsehen zu sehen war. Kläglich jaulend folgten sie dem Käfigwagen, der sie von der Naturschutzfarm in die Wildnis gebracht hatte. Sie wollten keine Freiheit, sondern die tägliche Fütterung. Vielleicht war es die heimliche Furcht, im Grunde zu ihnen zu gehören, die mich meinen Mitwölfen gegenüber so hart machte.

Doch beim Blättern in Edgar Wolfrums repräsentativer Glücksgeschichte der deutschen Demokratie beschlich mich erstmals ein leises Gefühl von DDR-Patriotismus – wenigstens einer Art Negativpatriotismus, wenn die grausige Wortbildung erlaubt ist. Wir sollten unsere Republik, die Heimat, die Partei und die Sowjetunion lieben. Doch all die unsittlichen Anträge der liebeshungrigen Diktatur waren vergeblich gewesen. Staatsbürgerkundeunterricht, FDJ-Lehrjahr, Polit-schulung und ML-Kurs haben nicht fertig gebracht, was solche historiographischen Geschenkpackungen wie Edgar Wolfrums

Glücksgeschichte der deutschen Demokratie schließlich schafften.

Das Buch ähnelt äußerlich einem teuren Pralinenkasten. Dezent und doch repräsentativ in schwarz, weiß, rot. Die Farbwahl ist gewiß Zufall. Denkt man sich ein goldenes Geschenkbandchen dazu, hat man die Farben der deutschen Demokratie komplett und flugs ein geeignetes Geschenk zur Verabschiedung eines Lehrstuhlinhabers.

Die Geschichte der Demokratie ist allein die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ich darf jetzt teilhaben am Glück der besten aller Welten, oder ich kann es bleiben lassen. Niemand fragt danach. Meine Geschichte, meine Biographie, meine Erfahrungen kommen im Hauptbuch des erfolgreichsten deutschen Staates aller Zeiten nicht vor. Da verliert man als Rezensent die Lust, sachlich und gerecht zu sein. Gelobt worden vom Rezensentenkartell ist das Buch genug, hier geht es darum, einen Schwachpunkt in aller Deutlichkeit zu benennen.

Die Einheit Deutschlands als Kulturnation hat sich entgegen allen anderslautenden Theorien über die Jahrzehnte der Teilung hinweg erhalten. Dem sollte endlich auch in der Geschichtsschreibung Rechnung getragen werden. Statt dessen werden die Landstriche jenseits der Grenze aus der deutschen Geschichte verabschiedet – ein später Triumph der Vertreter der sozialistischen Nation der DDR.

Die DDR kommt nur in drei Zusammenhängen vor. Das sind der 17. Juni 1953, der Mauerbau vom 13. August 1961 und die friedliche Revolution vom Herbst 1989. Diese Ereignisse sind von anderen Autoren nicht nur ausführlicher, sondern auch besser beschrieben worden. Die Darstellung der Juni-Ereignisse von 1953 wimmelt von sachlich schiefen Formulierungen. „Die Sowjets sicherten das Regierungsviertel, in dem die SED-Funktionäre erschrocken zusammensaßen.“ Wo sollte in Ost-Berlin das Regie-

rungsviertel gewesen sein? Die Mitglieder des Politbüros hatten sich ab etwa zehn Uhr unter sowjetische Obhut nach Berlin-Karlshorst geflüchtet. Das liegt weit außerhalb im Osten Berlins. Als Stallwache war Karl Schirdewan im „Haus der Einheit“, dem damaligen ZK-Gebäude und späterem Institut für Marxismus-Leninismus in der Lothringer Straße 1, zurückgeblieben. Das lag ebenfalls nicht direkt im Zentrum der Stadt.

„Geschützdonner hallte über die Stadt“, heißt es bezogen auf Berlin. Hier geht dem Autor die Phantasie durch. Nirgendwo wurde an diesem Tag aus Kanonen geschossen. „T-34-Panzer preschten durch die Leipziger Straße“, heißt es an anderer Stelle in unsachlicher Übertreibung. Eine Seite davor ist ein Bild von der Leipziger Straße zu sehen. Die Panzer haben die Luken geschlossen, stehen aber offenbar still. Auch die Filmaufnahmen zeigen, daß die Panzer im Schrittempo fahren. Die Menschen stehen unentschlossen herum, machen sogar einen auffallend friedlichen Eindruck, manche lachen in die Kamera. So heißt es denn auch in der Bildunterschrift völlig zutreffend: „Viele Fotos vom 17. Juni zeigen fröhliche, hoffnungsvolle Gesichter der Demonstrierenden.“ In der Tat war die sowjetische Taktik eher auf Einschüchterung durch massive Präsenz als auf Gewalt ausgerichtet. Auch die unausrottbare Legende, „mindestens 20 sowjetische Soldaten ließen Offiziere der Roten Armee wegen Befehlsverweigerung hinrichten“, darf nicht fehlen. Es handelt sich dabei um eine Legende, die mit großer Wahrscheinlichkeit von einer ukrainischen Emigrantenorganisation in Umlauf gebracht wurde.

Ausführlicher und sachkundiger werden die westlichen Reaktionen beschrieben. Zu Recht nimmt der Autor Anstoß an dem heute hohl klingenden Pathos der Zeit, dem er allerdings nur wenige Zeilen davor selbst nicht ganz abhold war.

Auch der Mauerbau wird aus westlicher Perspektive dargestellt. Vollkommen richtig wird geschildert, daß Adenauer und Kennedy den kommunistischen Gewaltakt verbal verurteilten, ihnen diese Lösung der Dinge jedoch ganz gut ins Konzept paßte. Was also soll der kritische Unterton. Die Akzeptanz der Mauer durch den Westen war doch die Grundlage für den Erfolg des westdeutschen Separatstaates. Auch die faktische Ausgliederung des Ostens aus der Westwahrnehmung und dem Geschichtsbild hat da seine Ursachen.

Die demokratische Massenbewegung und die friedliche Revolution in der DDR bleiben nicht unerwähnt. Es ist sogar von einer „Selbstbefreiung“ die Rede. Doch wieder häufen sich solche schiefe Formulierungen wie zum Beispiel „Das ‚Neue Forum‘ erlangte von Beginn an große Aufmerksamkeit, weil es in der Wohnung von Katja Havemann – der Witwe des 1982 gestorbenen Dissidenten Robert Havemann – gegründet wurde.“ Wenn man die Laube in Grünheide schon „Wohnung“ nennen will, so war doch der Ort der Gründung das allerunwichtigste.

Das Massaker auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens war übrigens nicht am 18. Mai, sondern am 3./4. Juni 1989. Solche nebensächlichen Unkorrektheiten – ich hasse Rezensenten, die sich mit solchem Kleinkram wichtig machen wollen – zeigen einen gravierenden Unterschied in der Perspektive. Nach dem Massaker in Peking fand in der Samariterkirche in Berlin-Friedrichshain eine Gedenkveranstaltung statt. Rund um die Kirche wimmelte es von uniformierten Polizisten mit Hunden und Schlagstöcken, in den Hauseingängen standen Stasi-Leute in Zivil, um zu fotografieren und Ausweise zu kontrollieren. Das Schlagwort von der „chinesischen Lösung“ hatte eine drohende Realität. Für uns war das Blutbad in China mehr als eine Zeitungsmeldung. Dadurch prägte sich auch das Datum ein.

Immerhin wird der Osten seit dem 3. Oktober 1990 auch historiographisch

wieder eingemeindet, und sogar die verletzten Ostseele spielt nun eine Rolle. „In einer 1995 durchgeführten Befragung“, referiert der Autor, „urteilen 97 % der Menschen im Osten Deutschlands, daß nur derjenige das Leben in der DDR verstehen könne, der selbst dort gelebt habe.“ Jetzt sind es 97 Prozent und einer.

*Stefan Wolle*

**Willy Brandt: Berliner Ausgabe, Band 3, Hrsg. von Helga Grebing, Gregor Schöllgen, Heinrich August Winkler: Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966. Bearbeitet von Siegfried Heimann. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 2004, 701 Seiten, 27,60 Euro.**

**Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 (Willy-Brandt-Studien). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 2006, 520 Seiten, 29,90 Euro.**

**Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, München; 67). München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2006, 312 Seiten, 34,80 Euro.**

Die Herausgeber betonen in ihrem Vorwort, die „Berliner Ausgabe“ der Schriften Brandts wolle „ein facettenreiches Bild vom Leben und Werk Willy Brandts vermitteln“. Das klingt gut, findet jedoch in der von Siegfried Heimann verfaßten Einleitung keine Entsprechung. Heimann behandelt die „facettenreiche“ Lebensgeschichte nämlich im Sinne einer Flurbegradigung aus heutiger rot-roter Berliner Sicht. Beharrlich feilt die Einleitung dem charismatischen Regierenden Bürgermeister von Berlin die antikommunistischen Zacken ab. Zwar wird im Kontext der „Lehren aus Prag“ 1948 Brandts Warnung vor Illusionen über einen „dritten Weg“ erwähnt, wie auch sein Hinweis auf „den prinzipiellen Gegensatz [...] zwischen

dem totalitären Kommunismus und dem demokratischen Sozialismus“. Das erfährt aber sogleich eine Relativierung, indem hinzufabuliert wird, Brandt habe „stets einen ‚argumentativen Antistalinismus‘“ vertreten und „sich damit von dem ‚platten‘ Antikommunismus“ abgesetzt, „dem auch und gerade viele Berliner zuneigten“. In diesem Kontext heißt es dann weiter, es habe „gleichwohl in der eindeutigen Ablehnung des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone keinen Dissens in der Berliner SPD“ gegeben. Wie sollte es auch, möchte man fragen, angesichts der Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ und der sowjetischen Berlin-Blockade in dieser Frage noch Raum für einen Dissens gegeben haben? Über den totalitären Charakter des Kommunismus bestand wohl selten wieder eine solche Klarheit in der SPD wie im Jahre 1948.

Heimann hätte es aber gerne anders. Nicht nur, daß die West-Berliner des „platten Antikommunismus“ geziehen werden, der Berliner SPD wird auch noch bescheinigt, sie habe sich während der Blockade diesen Antikommunismus überaus geschickt wahltaktisch zunutze gemacht: „Die gesamte Berliner SPD verlieh während der Blockade dem antikommunistischen Protest der Berliner gegen die Politik der Sowjetunion holzschnittartig und sehr wählerwirksam Ausdruck.“ Nein, die Berliner SPD „verlieh“ nicht dem Antikommunismus der Berliner einen wählerwirksamen Ausdruck, sie verstand sich als Partei der Freiheit und der sozialen Demokratie und deswegen auch als Partei des Antikommunismus. Brandt selbst hat daran damals keinen Zweifel gelassen. Am 11. Januar 1960 sagte er im Berliner Abgeordnetenhaus an Konrad Adenauer gewandt: „Wir standen und stehen zusammen hier in dieser Stadt – beide großen Parteien, die hier vertreten sind – gegen die uns umgebende kommunistische Diktatur.“

Solche und viele ähnliche Äußerungen, die sich im Dokumententeil des vorliegenden 3. Bandes der Brandt-Ausgabe nachlesen lassen, konterkarieren die verquaste Einleitung Heimanns. Es gilt zum Glück das gesprochene und geschriebene Wort Brandts etwas mehr als die um Geschichtsbegradigung bemühten Mißdeutungen seines Sachbearbeiters. Trotzdem ist auch bei der Dokumentenauswahl einiges unterlassen worden, was sehr gut das von den Herausgebern versprochene „facettenreiche Bild vom Leben und Werk Willy Brandts vermitteln“ würde. So heißt es beispielsweise in der Einleitung, Willy Brandt „begrüßte ausdrücklich den Vorschlag, die Verantwortlichen für die Gewalttaten an der Mauer persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Alle Hinweise auf Verbrechen sollten deshalb bundeseinheitlich zum Zwecke der Beweissicherung in einer zentralen, von den Bundesländern vereinbarten Stelle gesammelt werden. Diese Einrichtung sollte, wie es in einem Fernschreiben Brandts an alle Ministerpräsidenten hieß, ähnlich der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen für die Verbrechen des NS-Regimes in Ludwigsburg die ‚organisatorische Grundlage für eine bundeseinheitliche und umfassende Strafverfolgung der Untaten und Gewalthaber der SED‘ schaffen.“ Das erwähnte Fernschreiben ist im Dokumententeil nicht enthalten, obgleich es als durchaus facettenbereichernd gelten darf. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt „begrüßte“ nämlich nicht einfach nur, wie Heimann schreibt, den Vorschlag einer zentralen Erfassungsstelle, sondern er brachte ihn höchstpersönlich auf Länderebene ein.

Am 5. September 1961 telegraphierte Willy Brandt den Ministerpräsidenten der Länder seinen Vorschlag, durch „die bereits in der Aufdeckung von Verbrechen des NS-Regimes bewährte zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg“ Ermittlungen über Straftaten und Straftäter in Ost-Berlin und der DDR an-

stellen zu lassen. Brandts Begründung lautete: „Wegen der nahezu vollständigen Identität der jetzt vom SED-Regime in der Zone und Ostberlin angewandten Methoden mit denen des Nationalsozialismus“ sei die Erfassungsstelle Ludwigsburg „für die nunmehr erforderlichen Ermittlungen besonders geeignet“. Brandt hielt es für notwendig, „schon jetzt alles erforderliche zu tun, um zu gegebener Zeit diejenigen Organe und Beauftragten des Pankower Regimes, die sich im Zuge der jüngsten Gewaltmaßnahmen zu Straftaten haben hinreißen lassen oder dies künftig tun, zur Verantwortung zu ziehen“. Die Übertragung der Ermittlungen an eine zentrale, von den Ländern unterhaltene Erfassungsstelle solle auch dazu dienen, „allen Anhängern und Dienern des Pankower Regimes eindeutig vor Augen zu führen, daß ihre Taten registriert und sie einer gerechten Strafe zugeführt werden“. Die Justizminister und -senatoren der Bundesrepublik Deutschland beschlossen auf ihrer Konferenz vom 25. bis 27. Oktober 1961 die Einrichtung einer „Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“. Die Standortwahl fiel auf das Land Niedersachsen, das von allen Bundesländern die längste Grenze zur DDR hatte. Die West-Berliner Polizei übergab der Erfassungsstelle sofort nach deren Einrichtung fünfzig Ermittlungsakten über Todesfälle und Gewaltakte an den Berliner Sektorengrenzen. Angesichts des in den achtziger Jahren vollzogenen Sinneswandels des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt über den Nutzen der Erfassungsstelle Salzgitter ist dieses Fernschreiben doch ein durchaus bemerkenswertes Dokument im Kontext der Annäherung durch Wandel. Doch es widerspricht wohl zu kraß der These vom „argumentativen Antistalinismus“ Willy Brandts, der ihn vom „platten Antikommunismus“ viele Berliner unterschieden haben soll.

Seltsam mutet an, daß Brandts Beziehung zur bunten Berliner Künstler- und Intellektuellenszene sich in der Dokumenten-

sammlung nicht wiederfindet. Günter Grass etwa wird nicht einmal im Personenregister erwähnt. Brandts Verdienste als Förderer der Berliner Universitäten und seine Tätigkeit als langjähriger Vorsitzender des Kuratoriums der FU Berlin bleiben ebenso ausgespart wie sein Interesse und sein Engagement für die Berliner Theater, Museen und Galerien. Welche Rolle Brandt im gesellschaftlichen Leben West-Berlins spielte, kann man nur erahnen, wenn es in der Einleitung heißt: „Das Ehepaar Brandt macht in Abendkleid und Smoking auf Pressebällen eine gute Figur, worüber die Zeitungen gern berichteten, die Traditionalisten in der SPD aber die Nase rümpften.“ Einer repräsentativen Sammlung über Brandts Wirken in Berlin, die sich Berliner Ausgabe“ nennt, hätte etwas mehr über das reale Hauptstadtleben in der Halbstadt gut zu Gesicht gestanden. Brandt saß schließlich nicht ohne Bodenhaftung im Rathaus Schöneberg herum. Die Schnurren mit der Aufregung um den Blumenstrauß für Hilde Schramm anlässlich der Entlassung ihres Vaters Albert Speer aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis und ein Schreiben über die politische Entwicklung der beiden älteren Brandt-Söhne fangen dieses Manko nicht auf.

Apropos Hauptstadt. In Heimanns Einleitung ist bereits, bezogen auf das Jahr 1947, von der „ehemaligen deutschen Hauptstadt“ die Rede, was für diesen Zeitpunkt völliger Unsinn ist. Willy Brandt hingegen sprach auf dem Landesparteitag der Berliner SPD 1958 noch immer vom „Ausbau der Hauptstadt Berlin“ und sagte im Dezember 1965 in einer Ansprache vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller: „Berlin ist Deutschlands Hauptstadt, die den Krieg erfahren hat und dem Frieden dienen will. Berlin liegt in der Mitte Europas. Die geographische Lage muß nicht nur Last sein. Sie kann auch Vorteil sein, den es zur rechten Zeit zu erkennen und zu nutzen gilt. Die Zukunft Berlins ist von der

Zukunft Deutschlands nicht zu trennen.“ Warum solche Rede geführt wurde, hätte in einer wissenschaftlichen Einleitung einer näheren Erläuterung bedurft. Natürlich war der Berliner Hauptstadtdanspruch zu diesem Zeitpunkt symbolische Münze im deutschen Spiel, aber der Berlin-Vision Brandts lag eine Überzeugung zugrunde, die mit der Floskel von der „ehemaligen Hauptstadt“ wohl kaum analytisch erfaßt ist.

Da Heimann zu jenen Sozialdemokraten gehört, die mit dem Braintrust der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperieren und eine geschichtspolitische Annäherung an die PDS für angebracht halten, pflegt er in seiner Einleitung auch konsequent die SED-Schreibweise „Westberlin“. In den Stasi-Machwerken zur Diskreditierung Willy Brandts und den Hetzartikeln der SED-Propaganda wurde genau zu jener Zeit, über die der Band „Berlin bleibt frei“ handelt, der „Bürgermeister von Westberlin“ zur Zielscheibe kommunistischer Diffamierungen. Da ist es schon seltsam, wenn heute in einer von der Bundeskanzler-Willy Brandt-Stiftung herausgegebenen Edition die bis zum Untergang der DDR erfolgreich abgewehrte rechtswidrige Position der SED zum Berlin-Status im nachhinein ihre schleichende Bestätigung erhält. Brandt selbst hielt das bis zuletzt anders. In seinen *Erinnerungen*, niedergeschrieben 1988, ist stets von West-Berlin die Rede und auch in den Brandt-Dokumenten der „Berliner Ausgabe“ ist das mit aufsteigender Zeitleiste überwiegend der Fall, vor allem nach dem Mauerbau, da nun klar war, was die DDR meinte, wenn sie „Senat von Westberlin“ schrieb. Der 3. Band mit Brandts Reden und Schriften über die „Politik in und für Berlin“ geht in seiner Einleitung über die Tatsache hinweg, daß die Freiheit West-Berlins untrennbar mit der Statusfrage verbunden war. Es war kein sinnloser Politzinnover, daß der Berliner Senat Ende der sechziger Jahre die Schreibweise

West-Berlin zur amtlichen Norm erklärt hat. Heute freilich stellt sich die Frage nach dem Berlin-Status auf ganz andere Weise neu. Willy Brandt betonte in seiner bereits erwähnten Ansprache vor Berliner Unternehmern im Dezember 1965, er „halte die Vorstellung für abwegig, wir hätten zwischen den Begriffen und Aufgaben ‚Hauptstadt‘ und ‚Industriestadt‘ zu wählen. Im Bewußtsein der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ist Berlin die Hauptstadt.“ Das gilt im Jahre 2006 um so mehr, als die „Industriestadt“ Berlin schon lange nicht mehr existiert. Nur der Hauptstadtstatus kann Berlin in den kommenden Jahren noch aus der Patsche helfen.

Als solides Gegenstück zum 3. Band der Berliner Willy-Brandt-Ausgabe erweist sich Daniel Friedrich Sturms Untersuchung *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*. Auch dieses Buch ist in der Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung erschienen, und es würdigt den Namensgeber auf gebotene Weise, indem es seine klarsichtige Haltung angesichts des Mauerfalls hervorhebt. Brandts berühmter Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – gesprochen am 10. November 1989 am Brandenburger Tor – hätte in dem 3. Band der Berliner Willy-Brandt-Ausgabe eigentlich seine historisch vorgelagerte Entsprechung finden müssen, wenn dort Brandts am 16. August 1961 auf der Kundgebung gegen den Mauerbau gehaltene Rede abgedruckt worden wäre. Vor dem Schöneberger Rathaus rief er damals den Berlinern zu: „Berlin wird leben und die Mauer wird fallen“. Von dieser Kundgebung findet sich zwar ein Foto in der Willy-Brandt-Ausgabe, die Rede mit den prophetischen Worten aber nicht. Es findet sich auch nicht Brandts Appell an die DDR-Grenzer – „Schießt nicht auf die eigenen Landsleute“ – und auch nicht seine Reaktion auf die Ermordung Günter Litfins. Der 24jährige Litfin wurde am 24.

August 1961 zum ersten Opfer des Schießbefehls. Er starb bei seinem Fluchtversuch durch die Spree im Sperrfeuer der Grenzer. Das Politbüro der SED hatte zwei Tage zuvor den Schießbefehl an den innerstädtischen Sperranlagen in Kraft gesetzt hatte.

Daniel Friedrich Sturm verdeutlicht in seiner Studie eindrucksvoll, wie weit sich die SPD in den achtziger Jahren bereits von ihren früheren gesamtdeutschen Prinzipien entfernt hatte. Sturm analysiert dies bezogen auf das Verhalten zahlreicher SPD-Politiker bei ihren direkten Kontakten mit SED-Vertretern und exemplarisch an den gemeinsamen Arbeitsgruppen von SED und SPD zur chemiewaffenfreien Zone und zum „Streit der Ideologien“ sowie anhand der Sonderbeziehungen, die zwischen der West-Berliner SPD und der SED am Ende gepflegt wurden.

Der Spiritus rector des Gemauschels mit der SED, Egon Bahr, erhält dabei nicht gerade gute Noten. Sturm lastet es dem Einfluß von Bahr sogar an, daß Willy Brandt sich im September 1988 zu der Formulierung hinreißen ließ: „Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, wurde die ‚Wiedervereinigung‘ zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten Republik.“ Sturm meint, gestützt auf Andreas Voigtmeiers Bahr-Biographie, „Bahr hatte Brandt jene Formulierung in das Manuskript einer Rede geschrieben, die er am 18. November 1984 in den Münchner Kammerspielen hielt.“ Das stimmt so nicht. Brandt sprach 1984 von der „Lebenslüge der 50er Jahre“. Das Manuskript enthält laut Voigtmeier den Satz: „Die Sonntagsreden pflegen oft – seit zwei Jahren – die Adenauer-sche Lebenslüge der 50er Jahre; in den restlichen sechs Wochentagen werden die westlichen Interessen der Bundesrepublik verfolgt.“ Brandt übernahm die Formulierung fast wörtlich.

Vier Jahre später wiederholte Brandt nicht etwa im Berliner Renaissance-Theater einfach das in München gesagte, er ver-



schärfte es sogar noch. Sturm geht Brandt zuliebe wohl auch nicht weiter der Herstellung von offiziellen Parteibeziehungen zwischen SED und SPD nach. Tatsächlich ließ Willy Brandt als SPD-Vorsitzender schon in den siebziger Jahren diese Frage sondieren. Honecker versicherte 1979 dem Politbüro der KPdSU, daß die SED Parteibeziehungen zur SPD nicht anstrebe. Er begründete das insbesondere mit der destruktiven Rolle Brandts in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie „in solchen Ländern wie Portugal, Spanien und Chile“. Joachim Hermann und Hans-Jochen Vogel sprachen dann 1982 einvernehmlich über das Thema Parteibeziehungen, und Willy Brandt muß in diesem Jahr nochmals bei der SED um die Herstellung von Parteibeziehungen nachgekommen sein, denn das SED-Politbüro faßte 1982 einen entsprechenden Beschluß. „Dem Ersuchen des Vorsitzenden des Parteivorstandes der SPD, Willy Brandt, Parteibeziehungen zwischen der SPD und der SED herzustellen, wird entsprochen.“

Unabhängig von solchen Irrtümern zeigte sich Brandt 1989 im Unterschied zu anderen Sozialdemokraten aus der „Enkelgeneration“ sowie konservativen Beckmessern auf der Höhe der Zeit. Sturm schildert das sehr anschaulich, indem er Brandts Zorn über Weizsäckers Verhöhnung seines Satzes vom Zusammenwachsen – Weizsäcker sprach vom Zusammenwuchern – beschreibt und an die unglückliche Figur des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper erinnert, der voll auf die fortdauernde Eigenständigkeit der DDR setzte und am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus vom „Volk der DDR“ sprach. Sturm zeigt, wie die SPD im Prozeß der Wiedervereinigung völlig außer Tritt kam und „jegliches Gespür für die nationale Frage vermissen ließ“. In seinem Fazit meint der Autor etwas zu blauäugig, „eine frühe Abkehr von der SED“ und „ein klares Ja zur ostdeutschen Sozialdemokratie“ und vor allem „eine Orientierung am ostdeut-

schen Wunsch nach Einheit“ hätten verhindern können, daß die SPD „das Thema Einheit sehenden Auges an die Unionsparteien“ verschenkte. Doch das „hätte“, „wenn“ und „aber“ am Ende schmälert den Informationsgehalt dieser Studie nicht – und: West-Berlin bleibt bei Sturm ohne Wenn und Aber West-Berlin.

Wäre es nach Chruschtschow gegangen, dann wäre aus West-Berlin Ost-Berlin geworden. Chruschtschow verfolgte beharrlich das Ziel der Eingemeindung ganz Berlins in den Ostblock. Gerhard Wettig befaßt sich mit der sowjetischen Drogenpolitik im Vorfeld des Mauerbaus und danach. Wettig betont darin stark die treibende und herausragende Rolle Chruschtschows und wendet sich gegen die verbreitete Lesart, die Entscheidung zum Mauerbau sei vor allem auf das Drängen Ulbrichts zurückgegangen. Für Wettig war Chruschtschow der Herr des Verfahrens. Die Frage, wann es genau zur Entscheidung über den Mauerbau kam, beantwortet der Autor letztlich nicht. Er bewegt allerlei autobiographische Texte, Daten und Annahmen hin und her und meint schließlich: „Chruschtschow faßte den Entschluß am 24. Juli 1961 oder kurz vorher. Am 20. Juli war noch keine Rede von Sperrmaßnahmen in Berlin gewesen, während am 24. Juli die Vorbereitungen für die Schließung der innerstädtischen Grenze einsetzten und Ulbricht eine Sondersitzung des Politbüros der SED über dringliche Berlin-Angelegenheiten einberief.“ Das muß freilich bezweifelt werden. Wie sollten die SED und ihre Militärführung in der Lage gewesen sein, ein solches Vorhaben wie die Grenzschießung in solch kurzer Zeit umzusetzen. Der ehemalige DDR-Kulturminister Hans Bentzien schreibt in seinen Erinnerungen, er habe im Februar 1961 an einer Beratung über die Grenzschießung im engen Kreis um Ulbricht teilgenommen. Wettig stellt diese Darstellung Bentziens ziemlich unwirsch unter Verweis auf dessen zweifelhafte Darstellung des Volks-

aufstandes vom 17. Juni in Frage. Doch ein flunkernder Historiker ist ja nicht automatisch auch schon als Zeitzeuge unbrauchbar. Wettig aber stört Bentziens verquere Erinnerung offenbar so sehr, daß er sein Buch zur Sache „Meine Sekretäre und ich“ nicht ins Literaturverzeichnis aufnahm. Nun ist aber seit langem bekannt, daß Chruschtschow im Januar 1961 in einem Schreiben an Ulbricht bereits von Maßnahmen sprach, die, „wenn es nicht gelingen wird, mit Kennedy zu einer Verständigung zu kommen“, vorgesehen waren, und er versicherte ausdrücklich, die KPdSU werde „gemeinsam mit Ihnen den Zeitpunkt ihrer Durchführung bestimmen“.

Abgesehen von dieser seit langem umstrittenen Detailfrage bietet Wettigs Buch eine vor allem mit den bislang zugänglichen sowjetischen Quellen gesättigte Analyse der von Nikita Chruschtschow verfolgten Berlin-Politik, die mit aller Macht auf eine Beseitigung der freien Stadt inmitten des sowjetischen Einflußgebiets in Deutschland hinsteuerte. Heute wird gerne vergessen, wem es zu verdanken ist, daß es dazu nicht kam. Willy Brandt und die ausgestorbene Berliner Sozialdemokratie gehören dazu und – wie es damals hieß – „unsere amerikanischen Freunde“, denen das Abenteuer der Freiheit sehr viel wert war – Irrtümer eingeschlossen.

*Jochen Staadt*

**Bauer, Friedrich: Botschafter in zwei deutschen Staaten. Die DDR zwischen Anerkennung und Auflösung (1973–1990). Die aktive Neutralitätspolitik Österreichs. Wien: Eigenverlag Dr. Friedrich Bauer 2006, 297 Seiten, ca. 25 Euro.**

Das Buch von Friedrich Bauer gehört nicht zu den üblichen Memoiren, die von Diplomaten im Ruhestand gerne verfaßt werden und in denen dann von großen Heldentaten bzw. artigen Nettigkeiten aus dem Bereich der internationalen Bezie-

hungen zu lesen ist. Hier berichtet der Autor konkret und direkt über seine Tätigkeit als erster österreichischer Botschafter in der DDR, als Abteilungsleiter im Außenministerium in Wien und als letzter Botschafter Österreichs in der Bonner Republik, wo er die Wiedervereinigung Deutschlands miterlebte.

Die Schilderung des diplomatischen Lebens im geteilten Berlin der siebziger Jahre ist besonders interessant für die deutschen Leser. Man erfährt viel Neues und Unbekanntes über den Umgang der fremden Diplomaten mit den Funktionären aus Partei und Staat, aber auch über die gesellschaftlichen Kontakte zu Vertretern der Kirche und zu Künstlern und Intellektuellen, von denen viele Emigranten aus Österreich waren. Allerdings wollten nicht alle mit ihrer Botschaft etwas zu tun haben – außer bei der Verlängerung der Pässe. Bauer schreibt nicht in bierernstem Ton, sondern mit jener feinen Ironie, die den Österreichern oft eigen ist. Diese Ironie läßt sowohl über die Skurrilitäten und Albernheiten der Welt als auch über sich selbst manchmal schmunzeln. Dieser Umstand, zusammen mit einer gewissen Schlagfertigkeit, kann im diplomatischen Leben hilfreich sein. So zum Beispiel, wenn der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Republik Österreich in der DDR vom Dolmetscher des sowjetischen Botschafters dem Politbüromitglied Hermann Axen mit den Worten vorgestellt wird: „Der Genosse Botschafter von Österreich.“ Worauf Bauer nur antworten konnte: „Grüß Gott, Herr Axen.“

Bauer berichtet dann sehr informativ über seine Zeit im Wiener Außenministerium, wo er sich auch mit ostdeutschen Angelegenheiten beschäftigte. Immerhin war Bruno Kreisky der erste offizielle Besucher aus dem Westen in der DDR – abgesehen von Willy Brandt –, und Erich Honecker absolvierte seinen ersten Staatsbesuch im Westen in Österreich. Die wirt-

schaftlichen Aspekte waren dabei besonders wichtig.

Im dritten Teil seines Buches beschreibt Bauer seine Zeit als Botschafter in Bonn, wo er sich für die Aufnahme Österreichs in die Europäische Union einsetzte und den Prozeß der deutschen Einigung mitverfolgen konnte. Danach war er fünf Jahre lang Botschafter in Moskau und wurde dort Zeuge des Zerfalls der Sowjetunion. Nach seiner Pensionierung leitete er mehrere Wahlbeobachtungsmissionen auf dem Balkan.

Das Buch von Friedrich Bauer ist wichtig für die Forschung über die DDR, weil hier viele, bisher wenig bekannte Aspekte sowohl politischer als auch gesellschaftlicher Art geschildert werden. Spannend und interessant, sachlich und informativ ist die Beschreibung der Situation im geteilten Deutschland aus der Sicht eines Ausländers, der dennoch die deutschen Probleme genau kennt und deshalb gut analysieren kann. Viele Illustrationen ergänzen den Text. Für die nächste Auflage bleibt nur zu wünschen, daß auch eine Schilderung der Ehefrau Mercedes Bauer über den Alltag einer Botschaftergattin aufgenommen wird – so zum Beispiel über ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus ihrer Zeit in Pankow. Immerhin wohnten Bauers dort – und das hatten sie mit vielen DDR-Bürgern gemeinsam – im Plattenbau: Modell „Pankow II“.

*Matthias Dornfeldt*

**Steinitz, Klaus/Kaschuba, Wolfgang (Hrsg.): Wolfgang Steinitz – Ich hatte unwahrscheinliches Glück. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. Berlin: Karl Dietz Verlag 2006, 384 Seiten, 19,90 Euro.**

Er sei ein „deutscher Bildungsbürger“ und „jüdischer Kommunist“ gewesen, heißt es im Vorwort des Sammelbandes zum 100. Geburtstag von Wolfgang Steinitz 2005, den der Karl Dietz Verlag der PDS

aus Gedenkbeiträgen von Freunden, Verwandten und Wegbegleitern zusammengestellt hat. Annette Leo, die im Jubiläumsjahr eine Biographie von Steinitz geschrieben hat, gab ihr den Untertitel „Kommunist, Jude, Wissenschaftler“. Das war ehrlicher, denn das Bürger-Etikett hätte sich Wolfgang Steinitz zu Lebzeiten kaum anheften lassen; anders als Stephan Hermlin, der sich als „spätbürgerlichen Schriftsteller“ etikettierte und sich eine großbürgerliche Herkunft zuschrieb, die gar nicht zutraf. Das gleiche gilt für das Epitheton „jüdischer Kommunist“, wenn Steinitz' Tochter Renate berichtet: „Meine Großeltern sind 1913 in Breslau aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten. Mein Vater hat schon als Jugendlicher radikal mit jüdischer Tradition gebrochen, er hätte sich wohl über die Bezeichnung ‚jüdische Familie‘ gewundert.“ Genauso wenig scheint er von den bildungsbürgerlich bemühten Musikabenden im Elternhaus gehalten zu haben, wenn man der Tochter glauben darf: „Wolfgang aber nahm seine Geige, später auch die Ziehharmonika auf seine vielen volkskundlichen Ausflüge mit und spielte in den Dörfern [...] zum Tanz auf.“ Nach dem Krieg habe er völlig „das aktive Musizieren vernachlässigt“, nur „hin und wieder wurde eine Platte mit klassischer Musik aufgelegt“.

Selbstverständlich besaß Steinitz als Wissenschaftler Bildung – mehr als das Gros der „völkisch“ orientierten Volkskundler, die dieses Fach durch treue Dienste am Nationalsozialismus in Verruf brachten –, und als Jude ist er auch 1933 „aus rassistischen Gründen“ von der Berliner Universität relegiert worden. Aber unter der Herrschaft seiner Partei, der SED, deren Zentralkomitee er von 1954 bis 1958 angehörte, war es weder üblich noch opportun, das Bekenntnis als Kommunist mit Zusätzen wie *jüdisch* oder *Bildungsbürger* zu verbinden. Mit einigem Recht sind deshalb die meisten Beiträge des Sammelbands wie der Verlag selbst bemüht,

seine Lebensentscheidung für den Kommunismus in den Mittelpunkt seiner Persönlichkeit zu stellen. Er war schließlich Mitglied der KPD seit 1927 und hat später der Sowjetunion auch Agentendienste geleistet, deren so direkte Benennung Jan Peters in seinem Beitrag (*Wolfgang Steinitz' Weg als politischer Wissenschaftler*) der Biographin Annette Leo allerdings verübelt, da es ihm doch dabei „in seiner eigenen Sicht um schützende Hilfe für den ‚anständigsten Staat der Erde‘ ging“. Es sei eben „schwer, in kommunistuskritischer Position sich einem überzeugten Kommunisten anzunähern“.

Also doch lieber in *parteilicher* Position? Der Verlag versucht es im Covertext aus PDS-Sicht: Steinitz sei als Kommunist „Verfechter eines aufrechten Ganges“ gewesen und „repräsentierte einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Der große Steinitz wurde er spätestens, als seine ‚Genossen‘ erkannten, daß er nicht zum Stalinisten taugte, und ihn deshalb 1958 politisch kaltstellten.“ Selbst diesen Akt hat er allerdings mit einer Selbstkritik an die Genossen (*ohne* Führungszeichen) des Politbüros beantwortet: Er habe zwar „die revisionistische Gefahr und die Aktivität der westlichen Agenten unterschätzt“, aber „nie irgendeine Verbindung zu einer der partei- und staatsfeindlichen Gruppierungen gehabt. Ich erkläre, daß ich keine politischen und ideologischen Differenzen mit der Partei und der Parteiführung gehabt habe und daß ich auch in Zukunft, wie bisher, die Linie der Partei durchführen werde.“ Nie habe er Zweifel gehabt über die „Notwendigkeit des Einsatzes der Sowjetarmee und der energischen Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn noch über die Notwendigkeit, bei Provokationen in Berlin und der DDR mit der Faust zuzuschlagen.“ Ins menschliche Antlitz? Mit aufrechtem Gang?

Dabei ist es durchaus nicht abwegig, wie das Helmut Steiner in seinem Beitrag (*Ein Intellektueller im Widerstreit mit der*

*Macht?*) unternimmt, Steinitz als einen „ganz bestimmten Typus intellektueller Wegbereiter für einen antifaschistischen, demokratischen, sozialistischen, d.h. zugleich alternativen und in diesem Sinne humanistischen Neubeginn im Osten Deutschlands nach 1945“ an die Seite von Robert Havemann, Jürgen Kuczynski, Fritz Behrens, Georg Klaus und Wolfgang Harich zu rücken (von denen ihm Kuczynski am nächsten stand). Ob deren Positionen wirklich „zugleich alternativ“ waren, steht auf einem anderen Blatt; für Harich, der dafür eine Zuchthausstrafe absaß, und für Robert Havemann, der trotz Steinitz' Fürsprache aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen wurde, oder für Fritz Behrens, der nach öffentlichen Zweifeln an der Reformierbarkeit des Staatssozialismus 1967 vorzeitig emeritiert wurde, mag das zutreffen. Ob sich der 1967 verstorbene Steinitz wie Havemann nach Prag 1968 zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz bekannt hätte, bleibt im Licht seiner Selbstkritik 1957 eher zweifelhaft. Am nächsten stand er wohl Jürgen Kuczynski, der ihm 1967 auch die Grabrede gehalten hat und der seinerseits bis zum Ende der DDR als „linientreuer Dissident“ zur Partei hielt. Das paßt am ehesten auch auf Steinitz.

Keinen Zweifel gibt es, daß er sich vor dem Politbüro damals nur deshalb so tief verbeugen mußte, weil er zuvor im ZK bei seinen Versuchen zu aufrechtem Gang den Kopf zu hoch gereckt hatte. Schon 1955 hatte er vor dem ZK „mangelnden Demokratismus“ beanstandet und sich damit ärgerliche Zurufe von Hager und Ulbricht eingehandelt. In einer – im Sammelband dokumentierten – Rede vor dem ZK im Juli 1956 wollte er „unserem Politbüro und unserer Partei mehr Kühnheit und Offenheit in der Politik wünschen“, nachdem er Walter Ulbricht und Hermann Axen dafür kritisiert hatte, daß junge Wissenschaftler „unter schwerstem Druck“ der Partei „wegen parteifeindlicher Anschauungen usw. namentlich an-

geprangert“ wurden. Das war schon Manesmut vor dem Königsthron, wenn er sogar die rhetorische Frage anschloß: „Ist das die Art, wie man junge Genossen erzieht?“

Daß er daraufhin „nur“ aus dem ZK entfernt wurde, war tatsächlich „unwahrscheinliches Glück“, wie er es sich in seiner Dankesrede zum 60. Geburtstag für sein ganzes Leben zuschrieb. Mit gutem Grund: 1937 konnte er gerade noch vor dem großen Terror die Sowjetunion verlassen, wo er als Professor in Leningrad gelehrt hatte und bereits politisch denunziert worden war. Als er 1949 mit einer Akademie-Delegation in die Sowjetunion zurückkehrte, hieß es erneut in internen Berichten, es handele sich um einen „nicht ehrlichen Menschen, der in die UdSSR gekommen ist, nicht um mit der ganzen Delegation zusammenzuarbeiten und die sozialistischen Errungenschaften der SU kennenzulernen, sondern um persönliche Kontakte mit möglichst mehreren seiner Bekannten aufzunehmen und die ihn interessierenden Spezialfragen zu klären“. Das war auch in Stalins letzten Jahren noch eine gefährliche Denunziation, die zum Glück folgenlos blieb. Wir hätten sonst den „großen Steinitz“ – sein Hauptwerk *Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten* (1954/62) – nie kennengelernt, mit dem er sich auch in der Bundesrepublik bleibenden Ruf erwarb; die „Bibel der Folkmusiker in beiden deutschen Staaten“ (Wolfgang Leyn) erscheint seit der Wiedervereinigung beim Verlag 2001.

*Hannes Schwenger*

**Heitmann, Clemens: Schützen und Helfen? Luftschutz und Zivilverteidigung in der DDR 1955 bis 1989/90. Berlin: Ch. Links Verlag 2006, 475 S., 29,90 Euro.**

Am 2. Februar 1984 mußte Politbüromitglied Egon Krenz im Nationalen Verteidigungsrat (NVR) in seiner Vorlage

„Maßnahmen zur Gestaltung der Zivilverteidigung“ zugeben, daß das Regime mit seiner Darstellung der angeblichen Kriegsgefahr den Bogen überspannt hatte. In Ost-Berlin war in Vorträgen den Zuhörern empfohlen worden, ab sofort solle jeder sein Gepäck immer bereithalten, einschließlich Lebensmittel für sechs Tage und fünfzehn Liter Wasser pro Person. Diese zweieinhalb Liter pro Tag dürften im Ernstfall nicht ausgetrunken werden, da es notwendig sei, zum Schutz der Mundhöhle Wasser zum Zähneputzen zu verwenden. In dieser Vorlage wurde angekündigt, daß in Zukunft in den Massenmedien und in Materialien für die Öffentlichkeit die Auswirkungen des nuklearen Kriegs nicht mehr behandelt werden sollten, um dem Gegner keine Möglichkeiten für eine Diffamierung der Zivilverteidigung (ZV) zu geben. Der bis dahin nachrangige Schutz vor Katastrophen und Havarien und die Brandbekämpfung rückten jetzt in den Vordergrund, die auf die Spitze getriebene Militarisierung wurde zurückgenommen.

Die ZV, mit der sich der NVR von 1960 bis 1989 in achtzehn Sitzungen beschäftigte, war eine komplexe Organisation, die (seit 1976) dem Verteidigungsminister unterstand, aber durch die Ernennung der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise, der Bürgermeister und der Betriebsleiter zu „Leitern der ZV“ mit dem Staatsapparat und dem Wirtschaftsapparat verbunden war. Sie arbeitete eng mit der Feuerwehr und dem Roten Kreuz zusammen. Mit ihren ehrenamtlichen Helfern (etwa eine halbe Million Männer und Frauen) hatte sie Ähnlichkeiten mit einer Massenorganisation. Heitmann hat über diesen schwierigen Gegenstand vor dem Hintergrund einer detaillierten Darstellung der sowjetischen Militärpolitik und der Geschichte des totalitären SED-Staates ein Standardwerk vorgelegt. Dabei kamen ihm die Unterstützung durch Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, dem er sechs Jahre an-

gehört hatte, und die Auswertung des nicht erschlossenen Archivbestandes der ehemaligen Hauptverwaltung ZV zustatten. Er unterscheidet zwischen der militärischen Verteidigung (Heer, Luftwaffe und Marine) und der zivilen Verteidigung. Zu dieser gehörten „die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt, der Zivilschutz (das heißt der Schutz der nicht an Kampfhandlungen beteiligten Bevölkerung und der Personenschutz), die wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Wasser und Hilfe bei der Wiederherstellung zerstörter ziviler, aber auch militärischer Infrastruktur, zum Beispiel durch Straßenbau, Energielieferungen, Aufräumarbeiten“.

Der Autor beschreibt ausführlich die Geschichte des 1956 nach sowjetischem Vorbild gegründeten Luftschutzes (LS), der dem Innenminister unterstand und aus Tarnungsgründen zunächst als „Aktiver Brandschutz“ bezeichnet wurde. Auf Vorschriften und Ausbildungsmaterialien des Reichsluftschutzes wurde insgeheim zurückgegriffen. Die Parteiführung hatte mit den Hunderttausenden ehrenamtlicher Helfer erstmals Gelegenheit, „Industriearbeiter, LPG-Beschäftigte und Verwaltungsangestellte in ihren Wohn- und Arbeitsstätten zu indoktrinieren“, ihnen ihr aggressives „Feind- und Kriegsbild“ zu vermitteln. Der LS stieß vielfach auf Desinteresse, teilweise auf Ablehnung. In der Bevölkerung wurde argumentiert, daß in einem Atomkrieg, wie er in der Propaganda jahrelang beschrieben worden ist, ein Schutz ohnehin nicht möglich sei.

1967 fand die von der Sowjetunion geforderte Umwandlung des LS in die ZV statt. Diese beschränkte sich nicht auf den Schutz der Bevölkerung, sondern erhielt die zusätzlichen Aufgaben, die NVA bei der „Gewährleistung der Bewegungsfreiheit der auf dem Territorium der DDR handelnden Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten“ und die Volkspolizei bei der „Durchführung der sich im Ergebnis

feindlicher Angriffe ergebenden Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben“ zu unterstützen, war also Teil der Territorialverteidigung. Das wesentliche Ziel der ZV ist es gewesen, „die Organisation in den vorhandenen Strukturen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu implementieren“. Neben dem zentralen Stab und nachgeordneten Stäben in den Bezirken und Kreisen mit hauptamtlichem Personal gab es neben- und ehrenamtliche Organisationsstrukturen bis in die Wohnsiedlungen hinein. 1975 erkannte die sowjetische Militärführung, daß wegen der Bedrohung durch Interkontinentalraketen dem Schutz des Hinterlandes die Bedeutung eines strategischen Faktors zugemessen werden mußte und in dem erwarteten totalen Krieg ein großräumiger Einsatz der ZV zwingend geboten war. Deshalb sollte in allen Staaten des Warschauer Paktes die ZV dem Verteidigungsminister unterstellt werden. Diese sowjetische „Empfehlung“ wurde am 1. Juni 1976 vollzogen. 2 170 hauptamtliche Kräfte wurden übernommen, davon 975 Offiziere und Wachmeister. Die vom NVR beschlossene Dienstlaufbahnordnung bestimmte Dienstgrade vom Gefreiten bis zum Generaloberst. Zum Leiter der ZV wurde der Stellvertreter des Chefs der Landstreitkräfte, Generalleutnant Fritz Peter, ernannt, der während seiner Generalstabsausbildung in Moskau das Thema „Die Organisation und Planung des Kernwafeneinsatzes in der Anfangsperiode des Krieges“ untersucht hatte. Jetzt nahmen hauptamtliche und ehrenamtliche Angehörige der ZV an Manövern des Warschauer Paktes teil und fanden Übungen der ZV unter Einbeziehung von Betriebsangehörigen und Einwohnern statt. An der Übung „Nuthe 79“ nahmen 600 ZV-Angehörige, 4 900 Werk tätige aus Betrieben und 6 200 Einwohner ausgewählter Wohngebiete teil. Die Partei- und Staatsführung mobilisierte, indoktrinierte und kontrollierte in bezug auf die ZV die gesamte Bevölkerung. Die Berufstätigen

wurden in ihren Betrieben geschult, die Nichtberufstätigen in ihren Wohngebieten in Übungen einbezogen. An den Schulen, in der Ausbildung von Lehrlingen, Facharbeitern und Meistern sowie Studenten an Hoch- und Fachschulen waren Lehrgänge der Zivilverteidigung fester Bestandteil des Lehrplans.

Heitmann hat in diesem Buch eine schier überwältigende Fülle von Quellen und Darstellungen verarbeitet. Seiner Gewichtung kann der Rezensent nicht immer folgen, so, wenn er über das DRK der DDR 32 Seiten schreibt, über das Schutzbauprogramm nur drei Seiten. Dabei hätte es nahegelegen, über diese aufwendigen Schutzmaßnahmen mehr zu sagen. Zur Festlegung ihrer Intensität wurden die Städte in die Kategorien I bis III eingeteilt, die Objekte der Volkswirtschaft in die Kategorien A bis C. Der Leser erfährt, daß die ehrenamtlichen betrieblichen und territorialen Einsatzkräfte der ZV in Bereitschaften, Abteilungen, Züge, Gruppen und Trupps gegliedert waren. Die Dienststellungsabzeichen der Führungskräfte, die an der Ausbildungskleidung anzubringen waren, sind auf einer Farbtafel abgebildet. Es gab Bergungs- und Instandsetzungseinheiten, Rettungseinheiten, Spezialbehandlungs(ABC-Abwehr)- und Nachrichteneinheiten. Leider findet man keine Übersicht über die Verwendung der hauptamtlichen ZV-Angehörigen in den achtziger Jahren.

In der glänzend formulierten Schlußbetrachtung schreibt Heitmann, daß die Planungen der Parteiführung dem Kriegsbild des Weltkriegsgenerals Ludendorff, des Namensgebers des totalen Krieges, entsprachen, und alle Lebensbereiche den Erfordernissen des Militärs untergeordnet wurden. Diese Militarisierung stieß bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung und schließlich auf Widerspruch, das hat eine regimekritische Bewegung motiviert und sich letztlich destabilisierend ausgewirkt.

Der Leser vermißt ein Verzeichnis der vielen LS/ZV-Abkürzungen. Jedoch wird die Arbeit mit diesem Buch durch zwölf Organigramme, zwölf gut erläuterte Fotos, fünf farbige Bildtafeln und dreißig Kurzbiographien erleichtert.

*Otto Wenzel*

**Dirks, Christian: „Die Verbrechen der anderen“ – Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2006, 410 Seiten, 39,90 Euro.**

Er war jung, blond, sehr groß gewachsen. In seiner Uniform stand er da und überragte alle, die auf der Rampe in Auschwitz angekommen waren. Er sagte nichts, nur seine rechte Hand wies mal nach links, mal nach rechts. Tod oder Sklaverei hieß das. Horst Fischer war stellvertretender Standortarzt von Auschwitz. Nach dem Krieg lebte er als praktizierender Arzt unerkannt in der DDR. Nur seine Frau wußte um seine Vergangenheit; sie hatte mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern in Auschwitz gelebt. Eigentlich, so sagte Horst Fischer aus, habe er angenommen, das Thema sei in der DDR erledigt.

In seiner zum Buch gewordenen Dissertation zeichnet Christian Dirks die Lebensstationen von Fischer mit großer Akribie anschaulich und fesselnd nach. Besonders eindringlich sind dabei die Passagen über die Rolle der SS-Ärzte in Auschwitz. Diese Überlieferungen sind in ihrer Fülle und Detailliertheit einzigartig. Sie beruhen auf den über einen Zeitraum von neun Monaten meist zweimal täglich stattgefundenen Vernehmungen. So existieren Hunderte von Protokollen und Niederschriften mit den Aussagen Fischers, entstanden in der U-Haft bei der Staatssicherheit. Dieses Material ist ein Glücksfall, den Dirks mit seiner Arbeit gewinnbringend und in Verbindung mit einer Vielzahl anderer Quel-

len für die Darstellung genutzt hat. Dadurch ist sehr vieles und Genaues über einen Teil der Binnenwelt des Konzentrationslagers Auschwitz zu erfahren.

So war Fischer, als Freund und Vertrauter des Standortarztes Eduard Wirths, Teil von dessen Strategie, die Häftlinge als Arbeitssklaven den ortsansässigen Konzernen wie der IG-Farben-Fabrik in Monowitz zu erhalten. Das entsprang nicht etwa humanistischen Erwägungen, und es war nur eine Nuance weniger tödlich als die von anderen SS-Schergen favorisierte sofortige Vernichtung, aber für viele Gefangene eine Chance zum Überleben. Häftlingsärzte und Häftlingsschreiber verstanden es, die feinen Unterschiede zwischen den SS-Ärzten und die Differenzen innerhalb der SS zu nutzen, um Leben zu retten, wo es möglich war. Kleinste Freiräume, minimale Zugeständnisse konnten dabei helfen. Weltberühmte Ärzte, Kapazitäten auf ihrem Fachgebiet, waren in Auschwitz inhaftiert. Fischer, als relativ unerfahrener Chirurg, profitierte von ihnen, indem er lernte. Manche dieser Kollegen achtete er wegen ihrer Fähigkeiten, operierte mit ihnen, ließ sie operieren; als Menschen blieben sie ihm gleichgültig.

Auschwitz sah er als Sprungbrett zu einer größeren SS-Karriere. Im Gegensatz zu etlichen Kollegen unternahm Fischer, der seine administrativen Aufgaben und die Vernichtung von Abertausenden Menschen wohl nicht mehr als unangenehm empfand, niemals ernsthafte Versuche, die Arbeit zu verweigern und sich an die Front versetzen zu lassen. Zu bequem war dieses Leben neben dem Tod für ihn; mit Haus, Familie, Häftlingen als Dienstboten und der Zerstreuung durch häufige private Feiern. Autor Dirks resümiert, daß Fischer „durch eine fatale Mischung aus Antisemitismus, Gleichgültigkeit, Karrierismus und Bereicherung“ zu einem Teil der NS-Vernichtungsmaschinerie geworden war.

Für die Stasi war die Causa Fischer eigentlich eine Schlappe, doch wurde sie frühzeitig propagandistisch zum Erfolg umgemünzt. Zwar stand der Arzt schon seit Ende der fünfziger Jahre beim MfS unter Verdacht, jedoch keineswegs wegen seiner NS-Vergangenheit. Vielmehr galt Fischer als politisch unzuverlässig. Ein Spitzel bezeichnete ihn gar als Staatsfeind. Auf die Idee, daß der freundliche Landarzt mit dem KZ-Mediziner identisch sein könnte, kam die Geheimpolizei nicht. Kein Wunder, gab es doch in der DDR und damit von seiten des MfS, das bergeweise NS-Akten mit Blickrichtung West hortete, keine systematische Suche nach braunen Tätern.

Selbst die Aussagen von DDR-Bürgern, die, von der eigenen Justiz befragt, für westdeutsche Ermittlungsverfahren ihr Wissen über Fischer zu Protokoll gaben, blieben ohne Folgen. Ebenso wenig hatte belastendes Material gegen Fischer Konsequenzen, das bereits im Besitz des MfS war. In dessen Zentralarchiv lagerten sowjetische Beuteakten mit zahlreichen Zeugenaussagen zu Fischer. Doch erst ein aufgrund von Spitzelberichten über seine Westkontakte gestelltes Auskunftersuchen der örtlichen MfS-Kreisdienststelle, brachte Nachforschungen in Form eines Operativen Vorgangs gegen Fischer in Gang.

Im Juli 1965, mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende des Krieges, wurde Fischer verhaftet. Bereits zu Beginn der vom MfS geführten Ermittlungen stand die Zielrichtung des Prozesses fest. Vor allem sollte Munition für die Kampagnenpolitik gegen den Westen gesammelt werden und das Verfahren als Beispiel einer vermeintlich mustergültigen Auseinandersetzung mit der Nazizeit dienen. Die SED-Propaganda wartete mit der Meldung über Fischers Verhaftung bis zum Vortag der Eröffnung des zweiten Auschwitzprozesses in Frankfurt am Main.



Das eigene Verfahren sollte die langwierigen westlichen Ermittlungen kontrastieren, denen ausufernde Prozesse und schließlich geringfügige Strafzumessungen folgten. Jeder im Westen nicht verurteilte NS-Täter galt als Erfolg. Aus diesem Grund waren alle Kontakte der deutsch-deutschen Justizbehörden von der SED instrumentalisiert und vom MfS gelenkt. Über eine Beteiligung an westdeutschen Verfahren entschied allein der politische Nutzwert. Den legte ein kleines Gremium in der SED-Führung fest, dessen Interesse darin bestand, den Auschwitzprozeß zu einer Anklage gegen die gesamte Bonner Republik als vermeintlichen Hort der „Monopole“ und „Kriegstreiber“ zu nutzen.

Als Vertreter von handverlesenen Nebenklägern bemühte sich der bekannte Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul lange vergeblich, den Komplex der IG Farben in den Frankfurter Prozeß einzuführen. Der Fall Fischer, er hatte im Außenlager Monowitz als verantwortlicher Arzt fungiert, bot nun die ideale Plattform für wirkungsvolle Beschuldigungen. Insofern waren Regie und Ergebnis des Verfahrens vorbestimmt. Für den Verteidiger, Wolfgang Vogel, gab es kaum Möglichkeiten, seinem Mandanten zu helfen. Einer der wichtigsten Zeugen, die irgend etwas Entlastendes hätten aussagen können, der ehemalige Häftlingsschreiber Hermann Langbein, war der SED politisch suspekt und durfte nicht persönlich vor Gericht erscheinen.

Mit dem Todesurteil sollte vor allem ein Exempel gen Westen statuiert werden. In der Bevölkerung und bei der Kirche stieß das Strafmaß auf unerwartet viel Ablehnung. Die rücksichtslose politische Instrumentalisierung der Justiz durch die SED behinderte somit die juristische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit beiderseits der Mauer.

Dirks' Konklusion aus dem Vergleich der NS-Verfahren ist für Ost wie West ernüchternd. Beide Teile Deutschlands ha-

ben es nicht vermocht, „eine Verfolgung von NS-Tätern zu betreiben, die den Erwartungen der Opfer und Überlebenden gerecht geworden wäre“. Horst Fischer starb unter dem Fallbeil. Mit seiner Hinrichtung im Sommer 1966, so Dirks, war das Thema Auschwitz, trotz etlicher erkannter und unerkannter Täter im eigenen Land, für die DDR-Justiz erledigt.

*Tobias Voigt*

**Nitzsche, Raimund/Glückner, Konrad: Geistige Heimat ESG – In Freiheit leben aus gutem Grund. Hrsg. von der ESG Greifswald. Greifswald: 2006, 271 Seiten, 12 Euro.**

**Garbe, Irmfried/Nixdorf, Wolfgang (Hrsg.): Dom St. Nikolai Greifswald: Gemeindekirche zwischen Politik und Polemik. Schwerin: Thomas Helms Verlag 2005, 384 Seiten, 17 Euro.**

**Buske, Norbert (Hrsg.): Symposium und Ausstellung anlässlich der Wiedereinweihung des Doms St. Nikolai in Greifswald im Juni 1989. Schwerin: Thomas Helms Verlag 2005, 167 Seiten, 14,80 Euro.**

Es gibt wenige Studien über die evangelischen Studentengemeinden (ESG) der DDR. Zu denen über Jena oder Magdeburg gesellt sich seit kurzem ein von Raimund Nitzsche und Konrad Glückner herausgegebener Sammelband über die sechzigjährige Geschichte der ESG Greifswald. Dieses Buch enthält chronologisch geordnete Erinnerungen der verschiedenen Studentenpfarrer und ausgewählter ehemaliger Mitglieder der ESG Greifswald – es beginnt mit der Bekennerkirche in Greifswald während der NS-Zeit und endet mit dem Porträt des heutigen Studentenpfarrers.

Die Nachkriegszeit war bestimmt von missionarischer Aktivität wie Laienspielen auf pommerschen Dörfern. Dieses missionarische Bemühen erhielt nicht erst im Vorfeld des 17. Juni 1953 erste Dämpfer. Der Kampf gegen die evangelischen

Studentengemeinden, so Friedrich Winter, war im Norden der DDR allerdings nicht so stark wie in Berlin oder im Süden der DDR. Brutal jedoch schlug die Staatsmacht zu, als im Zusammenhang mit der Umwandlung der Medizinischen Fakultät bzw. der Einrichtung einer Militärmedizinischen Fakultät im Jahr 1955 unter anderem ESG-Studenten protestierten. Die näheren Umstände im Vorfeld dieser Zeit beschrieb Hermann Kant in *Die Aula*.

Natürlich wird auch Kirchenpolitisches geboten – wenig strukturiert, eher anekdotisch. So besuchte im Jahr 1949 der spätere Bischof Kurt Scharf die Universität und sprach in eben dieser „Kantschen Aula“. Sie war mit roten Tüchern teilweise verhängt, und Scharf referierte flankiert von einer Stalin-Büste rechts und einer Lenin-Büste links. In den achtziger Jahren holte Studentenpfarrer Lucht Kurt Scharf nochmals nach Greifswald, was wegen eines faktischen Einreiseverbots gegen ihn nur mit Hilfe des staatsnahen Bischofs Horst Gienke gelang. Wegen Gienke hatte im Jahr 1974 Studentenpfarrer Christoph Sehmsdorf seinen Dienst quittiert, und überhaupt sparen einige Autoren nicht mit Kritik am eher staatsloyalen Kurs der Pommerschen Landeskirche.

Die Frage nach Anpassung oder Opposition stellte sich aber auch die ESG selbst. Friedrich Winter beschreibt für die fünfziger Jahre, wie die Diskussion um den Begriff „Proexistenz“ von Greifswald aus in die gesamte DDR drang. Kernfrage war: „Wie kann man, ohne die christliche Freiheit zu verraten, für die Gesellschaft da sein?“ Studentenpfarrer Lucht war in den achtziger Jahren nicht gerade angetan von der eher unpolitischen Arbeit der ESG. Dies versuchte er in jenen Jahren – wie schon vor ihm Walther Bindemann – mit einigem Erfolg zu ändern – dabei immer im Visier des Staatssicherheitsdienstes. Dieser hatte gegenüber dem ehemaligen ESG-Quartier im Turm der St.-Jakobi-Kirche seine Kreisdienststelle. Auch wegen dieser unmittelbaren Nähe

zur ESG erhielt sie den Spitznamen „die fünfte Fakultät“.

Mehrmals erzählen verschiedene Autoren, wie im Jahre 1962 ein Physikstudent zufällig mit Hilfe eines alten Radios eine vom MfS in den Räumen der ESG installierte Wanze ortete. Mit welchen Mitteln das MfS in den achtziger Jahren die ESG bearbeitete oder bearbeiten wollte, beschreibt eine im Buch wiederholt zitierte Diplomarbeit des MfS aus dem Jahr 1988. In ihr wurden auch die verschiedenen kulturellen Veranstaltungen, wie vor allem Dichterlesungen, aber auch Vorträge von marxistischen Wissenschaftlern, kritisch begutachtet. Verschiedene Schriftsteller lasen hier. Auch Hermann Kant, der Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR sagte zu, aus seinem Roman *Die Aula* zu lesen. Allerdings nahm er die Zusage nach Interventionen von FDJ und Stasi wieder zurück.

Später kamen Autoren wie Heiner Müller und Stephan Hermlin, aber auch oppositionelle Schriftsteller wie Lutz Rathenow. Als außergewöhnlich wurde der Besuch Jürgen Kuczynskis empfunden. Die Frage aus dem Publikum: „Stimmt es, daß Stalin 17 Millionen Menschen umgebracht hat?“, beantwortete er väterlich mit der Gegenfrage: „Ist es nicht schrecklich?“ Daß beispielsweise auch Iring Fetscher in den späten achtziger Jahren in der ESG referierte, erwähnt das Buch leider nicht. Dies geschah schon unter der Ägide des letzten DDR-Studentenpfarrers Arndt Noack, einem späteren Mitbegründer der SDP. Dieser war einer der führenden Köpfe des innerkirchlichen Protestes gegen die Domeinweihung und der Studentenpfarrer, der die ESG durch die Wendezeit führte.

Angestoßen durch die Erinnerungen des ehemaligen Bischofs Horst Gienke und die Studie *Der Greifswalder Weg* von Rahel von Saß, beschloß die Synode der Pommerschen Landeskirche eine Arbeitsgruppe zu beauftragen, beiden, von ihr eher abgelehnten Arbeiten eine selbst er-

arbeitete Sicht auf die jüngere Geschichte der Pommerschen Landeskirche entgegenzusetzen. Neben fünf Anhörungen im Jahr 2000 wurde vom Synodenausschuß eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich ausschließlich der Dokumentation der umstrittenen Domeinweihung in Greifswald am 11. Juni 1989 zuwendete. Mit acht Aufsätzen in Buchform wird versucht, diesem Ereignis historisch beizukommen.

Sieht man von dem Bericht über eine Ausstellung im Umfeld der Domeinweihung oder einem kurzen Überblick über dessen Renovierungsgeschichte ab, gewähren die übrigen einen sowohl interessanten wie auch tiefen Einblick in die Kirchenpolitik und in innerkirchliche Verwerfungen im letzten Jahr der SED-Herrschaft. Daß die politisch interessantesten Kapitel von einem ehemals Beteiligten, dem Oberkirchenrat Nixdorf, verfaßt wurden, ist den Herausgebern, zu denen Nixdorf selbst gehört, eine erläuternde Erwähnung wert. War er doch der einzige Oberkirchenrat, den Rahel von Saß nicht als IM des MfS ausmachte.

Interessant sind die Ausführungen Irmfried Garbes über die Finanzierung der Innenrenovierung des Doms. Leserbriefe von Gruppen des Arbeitskreises „Solidarische Kirche“ (AKSK) oder einzelnen Pfarrern wandten sich gegen die „Verschwendung“ der Mittel und forderten statt dessen eine stärkere Finanzierung kirchlicher Sozialarbeit. Kirchliche Legitimationsversuche, beispielsweise durch Norbert Buske im Amtsblatt der Landeskirche, zeugten von der Legitimationslast, die auf der Kirchenleitung lag. Am 6. Mai 1989 luden die Greifswalder Studentengemeinde und der Stadtjugendkreis zu einem einweihungskritischen Forum in den Turm der Jakobi-Kirche.

Im Ergebnis seiner Ausführungen hierzu stellt Garbe fest, daß es weniger die Kosten waren, die bei ähnlichen Bauprojekten ähnlich hoch ausfielen, sondern die paternalistische Tonlage der Kirchenleitung,

die ihre Vorstellungen über Einwände hinweg durchsetzte. Der Beitrag von Nixdorf über die Auseinandersetzung in der Konferenz der Kirchenleitungen im Jahre 1989 bietet die Hintergründe, vor denen die beschriebenen Konflikte verstehbar sind. Ebenfalls von Nixdorf stammt der spannende Beitrag über das Verhältnis von Pommerscher Kirchenleitung und Landessynode. In diesem geht er ausführlich auf das Forum am 6. Mai jenes Jahres im Jakobi-Turm ein.

Konspirativ muten die beschriebenen Treffen der Kirchenleitung unter Ausschluß des Bischofs und der Konsistoriumsvertreter über die Situation und über mögliche Auswege an. Der Leser gewinnt das Gefühl, daß mit dem Staat DDR auch so manche Landeskirche ihre Abwicklung erlebte. Ein verlaufsgeschichtlicher Beitrag von Christel Wolf über die Domeinweihung an sich und die umfassende Festwoche beschreibt die Fakten im Detail. Dabei bleibt sie hinter dem einen oder anderen Forschungsstand zurück und subsumiert eher kirchenferne protestierende Mitglieder der Offenen Arbeit Greifswald unter die Junge Gemeinde. Einen kritischen Schlußpunkt unter die Festwoche setzte der Auftritt von Gerhard Schöne am 13. Juni. Die sich an das Konzert anschließende Diskussionsrunde ließ noch einmal die Argumente und Stimmungen des Treffens im Jakobi-Turm aufleben.

Das Symposium und die Ausstellung anläßlich der Wiedereinweihung des Doms dokumentiert ein von der Arbeitsgemeinschaft für Pommersche Kirchengeschichte e.V. herausgegebenes Buch. Der kunst- und architekturhistorische Leser wird hier gut bedient. Der eher kirchengeschichtlich interessierte Leser bekommt eingangs zwei Texte geboten: einen Beitrag vom Bischof Gienke, der als „Rechtfertigungsschrift“ zu charakterisieren ist, und einen Text von Norbert Buske, der der Domrenovierung/Domeinweihung nach wie vor gewogen ist.

Sechzehn Jahre nach der Domeinweihung holt er zum publizistischen Gegenschlag gegen die Einweihungskritiker aus und stellt eine Gegenposition zu den oben zitierten Ausführungen auf. Dabei ist er bemüht, die „effektive, wenn auch manchmal nicht ganz glückliche Strategie“ der Pommerschen Landeskirche zu erklären und gleichzeitig die Kritiker der Domeinweihung als resignierte, verantwortungslose Minderheit darzustellen. Buske lobt die Erfolge der Greifswalder Landeskirche im Kampf um Öffentlichkeit und sieht den Bau des Doms als Zeichen gegen den Verfall der Greifswalder Altstadt. Der Festgottesdienst habe, so Buske, „auf die Bewusstseinsbildung der Genossen destabilisierend gewirkt und zu weiteren Verunsicherungen geführt. Was die Beweggründe Honeckers auch immer gewesen sein mögen, politisch klug [...] war dieser Kirchenbesuch nicht.“ Daß Honecker im Laufe des Gottesdienstes nicht erwähnt oder angesprochen wurde, kommentiert Buske mit dem Satz: „Honecker war anderes gewöhnt.“ Als hätte Bischof Gienke Honecker eingeladen, um ihn öffentlich zu brüskieren. Buskes spitzfindiger Hinweis, daß Honecker nicht als Generalsekretär der SED, sondern als Staatsoberhaupt eingeladen worden sei, was kirchengeschichtlich eine lange Tradition hätte, wirkt hier hilflos. Genauso der Verweis darauf, daß der Briefwechsel zwischen Gienke und Honecker vom 13. bzw. 19. Juli 1989 ein Ergebnis des Honecker-Besuchs sichtbar machen sollte, auf das man sich von seiten der Kirche berufen könnte.

Gibt schon die Rechtfertigung des kirchlichen Handelns zu denken, gerät Buskes Beschreibung der Kritiker in eine Schiefelage. Ihr Protest galt ihm zufolge „vor allem dem Öffentlichkeitsanspruch der Kirche, der in der repräsentativen Herrichtung des Doms beispielhaft deutlich wurde. Die im kirchlichen Raum mögliche innerkirchliche Kritik trat an die Stelle der allgemeinen Gesellschaftskritik, die öf-

fentlich nicht vorgetragen werden konnte.“

Warum die Kritiker ein Problem mit dem Öffentlichkeitsanspruch der Kirche haben sollten, erklärt Buske nicht. Wie auch? Sie hatten vielmehr ein Problem damit, daß einen Monat nach den manipulierten Kommunalwahlen und anderen innenpolitischen Spannungszuständen die Greifswalder Landeskirche öffentlich den Schulterschluß mit dem Staat übe und es hinnahm, daß kritischen Kirchenoberen wie Bischof Forck dieser Öffentlichkeitsanspruch verwehrt wurde. Sicher war die Domeinweihung nur der Aufhänger für Protest gegen vieles andere, aber das ist genauso legitim, wie mit Buske in der Domrenovierung ein Zeichen gegen den Altstadtverfall zu sehen. Protest ist für Buske aber nur zulässig, wenn er nicht den Vermerk „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ mißbraucht, Basisdemokratie nicht mißverstet und überhaupt den kirchlichen Instanzenweg einhält.

Dieser war, so Buske, bereits während des innerkirchlichen Demokratisierungsprozesses in den siebziger Jahren für alle möglichen Anliegen offen. Das von Rahel von Saß konstatierte „Defizit an demokratischer Mitbestimmung“ in der Landeskirche bewertet er als falsch und belegt dies mit unbestreitbaren Erfolgen „bezüglich von Kirchenrenovierung, Öffentlichkeitsarbeit und der Diakonie“. Das ist schwer verständlich.

Die Geschichte ist, laut Buske, inzwischen über die Einweihungskritiker hinweggegangen. „Hätten die Domeinweihungskritiker eine breite Unterstützung gefunden, hätte dies nach dem Umbruch im Herbst 1989 bei den ersten freien Wahlen einen deutlichen Niederschlag gefunden.“ Was Buske mit Verweis auf die ersten freien Wahlen meint, bleibt vollkommen schleierhaft. Stand denn etwa eine „Domeinweihungskritikerpartei“ zur Wahl?

Spätestens hier wird der Rechtfertigungscharakter von Buskes Schrift deutlich. Während die Kritiker, unter anderem SDP-Mitbegründer Arndt Noack, den „Umbruch“ erfolgreich betrieben, wurden die von Buske verständnisvoll beschriebenen Protagonisten des 11. Juni wie Bischof Gienke, Erich Honecker oder auch der eigenartig wohlwollend beschriebene Mitarbeiter des Rates des Bezirkes Rostock, Heinz Gundlach, vom „Umbruch“ hinweggefegt. Wer die Akten um die Domeinweihung kennt, versteht, welch einsamen Kampf Buske hier kämpft. Lokale wie auch DDR-weite Kritik wandte sich gegen seine Kirchenleitung, deren Haltung bezüglich der Domeinweihung er bis heute teilt.

Es ist nichts Verwerfliches daran, daß man das kirchliche Anliegen eher kulturhistorisch als gesellschaftspolitisch interpretiert. Wie schnell man dann aber wie Buske im Jahr 1989 bei Sätzen von der Art landet „Nicht allen gelang es, persönliche Betroffenheit hinter sich zurück zu lassen und um des größeren Zusammenhangs willen weiter mitzuarbeiten“ – das demonstriert der Autor anhand seiner eigenen Person.

*Christoph Wunnicke*